

Mitgliederzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

Der VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands



dbb
beamtenbund
und tarifunion



4+5|2025

72. Jahrgang

Neuer Kurs in der Zusammenarbeit mit der Bundesregierung



Foto: Bundesregierung - Sandra Steins

Der BSBD mahnt eine faire
und sachliche Berichterstattung
über den Justizvollzug an

Hervorragende Absicherung bei Dienstunfähigkeit.

Als Justizbeamtin oder Justizbeamter sorgen Sie für die Sicherheit und Ordnung in den Justizvollzugsanstalten. Trotz Ihrer Top-Ausbildung kann hierbei immer etwas passieren und Sie werden dienstunfähig. Machen Sie sich deswegen keinen Kopf: Mit unserer speziellen Dienstunfähigkeitsabsicherung stehen wir an Ihrer Seite. Lassen Sie sich gleich ein persönliches Angebot erstellen!



SIGNAL IDUNA Gruppe
Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
oed-info@signal-iduna.de



Ihr für uns. Wir für Euch.
Das **Füreinander** zählt.

Debeka
Versichern und Bausparen

Pflege wird zur sozialen Herausforderung – doch viele Deutsche unterschätzen das Risiko

Aktuelle Umfrage zeigt: Große Unwissenheit über Pflegekosten und Vorsorgemöglichkeiten / Debeka-Studie soll gesellschaftliches Bewusstsein stärken

Koblenz, April 2025 – Pflegebedürftig zu werden, kann jede und jeden treffen. Und trotzdem sind viele Menschen auf diesen Ernstfall nicht vorbereitet – weder finanziell noch inhaltlich. Eine aktuelle repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey im Auftrag der Debeka zeigt: Die Mehrheit der Deutschen rechnet nicht damit, dass die gesetzliche Pflegeversicherung im Ernstfall ausreichen wird – und kennt zugleich wichtige Vorsorgemöglichkeiten nicht. Der neue Koalitionsvertrag greift genau diese Herausforderung auf – eine Pflegereform mit dem Ziel, die nachhaltige Finanzierung und Finanzierbarkeit der Pflegeversicherung zu sichern.

Laut der Umfrage sind 88,6 Prozent der Bevölkerung der Meinung, dass die gesetzlich vorgesehenen Pflegeleistungen die tatsächlich entstehenden Kosten im Pflegefall nicht vollständig abdecken können. Kein Wunder – denn ein Platz im Pflegeheim kostet aktuell rund 3.000 Euro pro Monat, von denen ein erheblicher Teil aus eigener Tasche gezahlt werden muss – und das ist nur der Eigenanteil.

„Diese Zahlen sollten uns wachrütteln“, sagt Thomas Brahm, Vorstandsvorsitzender der Debeka. „Die gesetzliche Pflegeversicherung gerät zunehmend in eine finanzielle Schieflage, und die Bürgerinnen und Bürger müssen die immer größer werdenden Lücken selbst schließen. Das ist nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine soziale Herausforderung.“

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.,
Hauptverwaltung, 56058 Koblenz, Tel. (02 61) 4 98 - 0,
E-Mail: info@debeka.de, www.debeka.de

Mitglied im
dbb beamtenbund und tarifunion
Europäische Union der
Unabhängigen Gewerkschaften
(CESI)



Bundeschvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de www.bsbd.de
Stellv. Bundeschvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de
Stellv. Bundeschvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundeschvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundeschvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundeschvorsitzender		
Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	

Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Alexander Sammer	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	Sascha Möbius	sascha.moebius@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Wilma Volkenand	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Horst Butschinek	info@bsbd-nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Mark Schallmo Stefan Wagner	mail@bsbd-rlp.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Sascha Klein	sa.klein@jvasb.justiz.saarland.de
Sachsen	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Henry Malonn	malonn@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

REDAKTIONSSCHLUSS

Ausgabe 6 - 2025: ►►► 24. Oktober 2025

ERSCHEINUNGSTERMIN

Ausgabe 6 - 2025: ►►► 27. November 2025

BUNDESHAUPTVORSTAND

Trauer um Ulrich Silberbach **4**

Für eine faire und sachliche
Berichterstattung über den Vollzug **5**



Neuer Kurs in der Zusammenarbeit
mit der Bundesregierung **6**

Schule, Pflege, Justiz –
überall fehlt Personal **6**

LANDESVERBÄNDE

Baden-Württemberg **8**

Bayern **17**

Berlin **20**

Brandenburg **27**

Hamburg **33**

Hessen **40**

Mecklenburg-Vorpommern **54**

Niedersachsen **61**

Nordrhein-Westfalen **65**

Rheinland-Pfalz **82**

Saarland **88**

Sachsen **95**

Sachsen-Anhalt **100**

Schleswig-Holstein **105**

Thüringen **112**

Impressum **115**

BSBD Landesvorstand trifft DIE LINKE

Rostock, 13.06.2025. In offener und freundlicher Atmosphäre trafen sich die Vertreter des BSBD Landesvorstandes, Matthias Nicolai und Matthias Kleemann, mit dem Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE für Innen-, Rechts- und Kommunalpolitik und Vorsitzenden des Rechtsausschuss des Landtages MV, Herrn Michael Noetzel, sowie Frau Sarina Rackwitz, Referentin im Rechts- und Petitionsausschuss, zum Gespräch.

Ziel des Austausches war ein Rückblick über die Personalentwicklungen im Justizvollzug, Justizwachtmeisterdienst und LaStar, seit dem letzten Gespräch am 12. April 2024, und ein vorsichtiger Ausblick auf die Entwicklungen für das laufende Jahr 2025.

Der BSBD konnte anhand belastbarer Zahlen zeigen, dass die Sorge um weiter sinkende Anwärterzahlen und die zunehmende Abwanderung von Stammpersonal in attraktiver erscheinende Arbeitsangebote berechtigt ist. Nicht allein die Vielfältigkeit der Aufgaben in der Justiz steigert das Interesse von Berufsanfängern und motivieren das Stammpersonal zum bleiben, sondern auch die damit einhergehenden Leistungen seitens des Arbeitgebers/Dienstherren.

Es gilt stärker den je:

„Wir leben nicht, um zu arbeiten, sondern wir arbeiten um zu leben.“

Diese Leistungen bleiben im Vergleich mit anderen Bundesländern oder mit anderen Berufsgruppen des eigenen Bundeslandes, deren Aufgabe der Schutz der Bevölkerung ist, zurück (siehe freie Heilfürsorge).

Um dieser Entwicklung Einhalt gebieten zu können bedürfte es einer grundlegenden Attraktivitätssteigerung der Berufsfelder. Die durch den BSBD unterbreiteten Vorschläge sind bekannt und wurden Mitte Mai in einer Landtagssitzung durch FDP, CDU Grüne unterstützt.

Herr Noetzel zeigte sich sehr interessiert und bestätigte, dass die geschilderte Situation im Justizvollzug, im Justizwachtmeisterdienst und LaStar durchaus wahrgenommen werden und auch die Vorschläge des BSBD auf immer mehr offene Ohren stoßen.

Matthias Nicolai

CDU Fraktion sagt erneut Unterstützung zu

Schwerin, 08.07.2025. Im Gespräch mit Sebastian Ehlers, Sprecher der CDU-Landtagsfraktion für Rechtspolitik und Mitglied im Rechtsausschuss des Landtags MV und Meinhard Müller, Referent der CDU-Landtagsfraktion für den 3. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss "Klimaschutzstiftung", Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz, lenkte der BSBD Landesvorstand MV die Aufmerksamkeit auf die zunehmend schwieriger werdende Personalsituation im Justizvollzugsdienst und Justizwachtmeisterdienst.

Dabei standen vor allem die Personalentwicklungen des vergangenen und des laufenden Jahres im Vordergrund.



v.l.n.r.: Sebastian Ehlers, Matthias Nicolai, Andreas Loeck, Matthias Kleemann, Stanley Mengel und Alexander Mrowiec

Der BSBD führte unter anderem dazu aus, dass bei spürbar zunehmender Konfliktbereitschaft, aufgrund unterschiedlicher Sozialisierungsgrade und kulturellen Weltbildern des Vollzugs- und Gerichtsklientels, vor allem die Abgänge von jungen, gut ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen, aufgrund beruflicher Neuorientierung, mit zunehmender Sorge beobachtet werde. Um diesem entgegenzusteuern bedürfte es einer erheblichen Attraktivitätssteigerung der Berufsfelder Justizvollzugs- und Justizwachtmeisterdienst, so der BSBD.

Herr Ehlers und Herr Müller sagten erneut ihre Unterstützung der Forderungen des BSBD Landesverbandes zu. Bereits im Mai hatten sie für den Antrag im Landesparlament „Strafvollzug sichern“ gestimmt.

Matthias Nicolai



v.l.n.r.: Michael Noetzel, Sarina Rackwitz, Matthias Kleemann, Matthias Nicolai

Justizwachtmeister im BSBD

Treffen der Landesverbände Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern

Vom 2. bis 3. Juni trafen sich die Vorsitzenden der Landesverbände Sachsens und Mecklenburg-Vorpommerns, Thomas Porr und Matthias Nicolai sowie deren Vertreter für die Justizwachtmeister im BSBD, Sven Riemer und Stanley Mengel, in der dbb Geschäftsstelle in Berlin.

Ziel des Treffens war es, im Kontext für die Gruppe der Justizwachtmeister, Informationen und Erfahrungen auszutauschen, Gemeinsamkeiten zu finden und darauf aufbauend mögliche Strategien für die künftige Zusammenarbeit herauszuarbeiten.

Dabei standen vor allem die allgemeine Entwicklung des Berufsfeldes und die Bewältigung des täglichen Aufgabenpensums unter dem Druck von demografischen Wandel und zunehmender Gewaltbereitschaft des Gerichtsklientels im Vordergrund.

Als Hauptziel wurde die Abschaffung der LG 1, 1. Einstiegsamt (ehem. Einfacher Dienst) und die Verortung des Justizwachtmeisterdienstes in der LG 1, 2. Einstiegsamt (ehem. mittlerer Dienst) definiert. Darüber hinaus wurden :

- ▶ die amtsangemessene Alimentation,
- ▶ die Schaffung beruflicher Entwicklungsperspektiven unter Beachtung des Leistungsprinzips in der Laufbahn des Wachtmeisterdienstes,

- ▶ die Anerkennung langjähriger/dauerhafter Sonderleistungen im Rahmen der Dienstdurchführung,
- ▶ die Weiterentwicklung der Erfahrungsstufen im Hinblick auf Anzahl und Abstände der Stufen,
- ▶ die freie Heilfürsorge, mit Blick auf die hoheitsrechtlichen Aufgaben, welche unter Gefährdung der eigenen körperlichen Unversehrtheit durchgeführt werden,
- ▶ die Einführung einer Sicherheitszulage und nicht zuletzt

- ▶ die grundsätzliche Regelung zur "kleinen" Auskunftsperre, als Maßnahme der Wertschätzung und Anerkennung des Sicherheitsbedürfnisses der Kolleginnen und Kollegen

als Ziele benannt.

Abschließend wurde vereinbart, diesen Erfahrungsaustausch mittels regelmäßiger Justizwachtmeistertreffen, auch im größeren Rahmen zu verstetigen.

Thomas Porr und Matthias Nicolai



Foto: BSBD M-V-P

v.l.n.r.: Matthias Nicolai, Stanley Mengel, Sven Riemer, Thomas Porr

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

**Wir gehören zum Vollzug,
wie Kaffee zum Morgen.**



Treffen mit der Justizministerin

Schwerin, 04.07.2025 Offen, klar und effektiv war der Austausch zwischen dem BSBD Landesvorstand und Frau Jacqueline Bernhardt, Ministerin für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Bei dem Gespräch waren ferner zugegen der persönliche Referent im Stab der Justizministerin, Herr Jakob Schrank, für die Abteilung 1, Frau Anett Sauer und für die Abteilung 2, Frau Gloria Arndt.

In seiner Eröffnung stellte der BSBD die derzeitige Personalsituation im Justizvollzug in den Fokus. Von 558 Stellen im AVD sind 495 Stellen durch ausgebildete Kolleginnen und Kollegen, einschließlich Langzeiterkrankter, besetzt. Weitere 52 Stellen werden durch in Ausbildung befindliche Kolleginnen und Kollegen besetzt, deren Einsatzfähigkeit jedoch zwischen "Berufs-

anfänger" und "fast vollständig ausgebildet" schwankt, und deren Einsatz, aufgrund der theoretischen Ausbildungsteile, nur temporär möglich ist.

Trotz moderat sinkender Gefangenenzahlen, nimmt der Resozialisierungsaufwand immer mehr zu. Dies ist zum einen der zunehmenden Konfliktbereitschaft, nicht zuletzt aufgrund unterschiedlicher Sozialisierungsgrade und Weltbildern des aus unterschiedlichsten Kulturen stammende Klientels geschuldet, als auch dem oft langjährigen Missbrauchs von Betäubungsmitteln, deren zerstörerische Wirkung auf die Psyche auch nach dem Ausnüchtern bzw. nach dem Entzug nicht endet.

Aufgrund der dünnen Personaldecke, der damit steigenden Zahl an zusätzlich geleisteten Diensten, verbunden dem Gefühl des „nicht gesehen, nicht wahrgenommen, nicht wertgeschätzt Werdens“, vor allem wegen der fehlenden beruflichen Karrier-

perspektiven, steigt der Frustration unter den Mitarbeitern immer mehr an.

Der BSBD verlas dazu einen Brief aus dem Kreis der Kollegen, welcher Beispielhaft dieses zum Ausdruck brachte. Denn die Zahlen sprechen für sich. 52 Stellen sind mit Anwärtern besetzt, wo es 80 Stellen sein könnten bzw. müssten.

Zu den jährlich geplanten Altersabgängen kommen bis zu 100% ungeplanter Abgänge hinzu, wobei bis zu 30% dieser ungeplanten Abgänge auf junge, ausgebildete Kolleginnen und Kollegen entfällt, welche sich beruflich neu orientieren.

Damit übersteigen die Personalabgänge regelmäßig die Personalneuzugänge.

Anschließend ging der BSBD zu den Zahlen der Organisationsuntersuchung im Justizwachtmeisterdienst über.

Auch hier ist die Personaldecke dünn. Derzeit sind ca. 167 Stellen im Justizwachtmeisterdienst besetzt. Weitere 12 Stellen sind



v.l.n.r.: Alexander Mrowiec, Matthias Nicolai, Andreas Loeck, JMin Frau Jacqueline Bernhardt, Matthias Kleemann und Stanley Mengel

bis zum 31.12.2025 befristet. Um ständigen Einlasskontrollen an den Gerichten und Staatsanwaltschaften zu gewährleisten, werden zusätzliche 50 Stellen benötigt. Um allen Aufgaben vollumfänglich nachzukommen, nicht auch zuletzt zur Unterstützung der JVAen bei den Vorführungen von Gefangenen, gar 70 Stellen.

Und was für das Klientel in den Justizvollzugsanstalten gilt, gilt auch für das Gerichtsklientel. Die hier spürbar zunehmende Konfliktbereitschaft, aufgrund unterschiedlicher Sozialisierungsgrade und kulturellen Weltbildern kann nur mittels hoher menschlicher Kompetenzen von Kolleginnen und Kollegen in die richtigen Bahnen gelenkt werden.

Für Unmut sorgen außerdem die Nichtumsetzung der seit einem Jahr abgeschlossenen Dienstpostenbewertung für Justizwachtmeister und der geringe Zuschuss für Dienstbekleidung, bei stetig wachsenden Kosten.

Der BSBD drang eindrücklich darauf, die bereits in der Vergangenheit gemachten Vorschläge:

1. Einführung der freien Heilfürsorge für diejenigen, die zur Ausübung ihrer Dienstpflichten ihre körperliche Unversehrtheit einsetzen,
2. die einheitliche Umsetzung der Dienstpostenbewertung für den mittleren Justizvollzugsdienst und die Überprüfung der Dienstpostenbewertung für den gehobenen Dienst in den JVAen sowie im Landesamt für ambulante Straffälligenarbeit (LaStar), und im Justizwachtmeisterdienst
3. die Überführung des Justizwachtmeisterdienst in die Laufbahngruppe des mittleren Dienstes und Schaffung einer Erschwerniszulage (Sicherheitszulage)
4. die Änderung der Stellenobergrenzen zugunsten der oberen Besoldungsgruppen einer Laufbahn und die Fortschreibung der Erfahrungsstufen in den Besoldungsgruppen,
5. den Verwendungsaufstieg in den gehobenen und höheren Dienst,
6. die Anerkennung langjähriger/dauerhafter Sonderleistungen im Rahmen der Dienstdurchführung

7. die Schaffung zusätzlicher Möglichkeiten zum vorzeitigem Erreichen der Altersgrenze (über Altersteilzeitregelungen oder Arbeitszeitmodelle),
8. die Angleichung der Erschwerniszulage an die des Polizeivollzugsdienstes und sonstige Gleichstellung mit der Polizei,
9. die Erhöhung der Anwärtersonderzulage, sowie
10. die Verbesserung der Sicherheitsausrüstung für Mitarbeiter des LaStar,
11. die auskömmliche Erhöhung des Bekleidungsgeldes für Uniformträger, usw., zur Attraktivitätssteigerung, der Berufsfelder Justizvollzug, Justizwachtmeisterdienst und ambulante Straffälligenarbeit aufzugreifen und auf ihre Umsetzung hinarbeiten, nicht zuletzt auch um der Personalfucht entgegenzuwirken.

Frau Bernhardt zeigte Verständnis und teilte mit, dass die Situation durchaus ernst genommen werde. Dies habe sie auch in den Chefgesprächen zur aktuellen Haushaltsplanung, gegenüber dem Finanzminister zum Ausdruck gebracht.

So soll im Justizministerium in einem ersten Schritt die finanzielle Umsetzbarkeit der freien Heilfürsorge geprüft werden.

Um den Personalengpässen entgegenzuwirken, können in den JVAen zusätzliche 8 Vollzugshelfer, auf bis zum 30.09.2027 befristeten Stellen, eingestellt werden. Hier verwies Frau Bernhardt auf die 28 geeigneten Bewerber für die Anwärterklasse 2/2025, welches erstmals hoffen lässt, eine volle Klasse auszubilden.

Die vom BSBD geforderte Erhöhung der Altersgrenzen zum Eintritt in das Beamtenverhältnis auf Widerruf bzw. in das Beamtenverhältnis auf Probe habe bisher zwar nicht Eingang in die Novellierung des Landesbeamtengesetzes gefunden, jedoch sei der Gesetzentwurf noch nicht durch das Kabinett gegangen, so Frau Bernhardt. Es finden dazu weitere Anhörungen statt und damit bestehe noch eine kleine Chance die Erhöhung einzubringen.

Ferner habe sie sich in ihrer Fraktion für die Nutzung des sogenannten Sondervermögens stark machen können, um anstehende Baumaßnahmen in den JVAen Bützow und Waldeck weiterführen zu können.

Für den Justizwachtmeisterdienst wurden in den Haushaltsverhandlungen der Wegfall der kW Vermerke für 12 Stellen, weitere 15 Stellen für die Einlasskontrollen mit den Gepäckscannern und noch einmal 12 Stellen für die ständigen Einlasskontrollen angemeldet.

Vorbehaltlich der Zustimmung für den kommenden Haushaltsplan durch den Landtag, wurde die Verlängerung der 12 kW Stellen, bis zum 30.12.2028, durch das Finanzministerium gebilligt. Weitere 12 Stellen konnten, durch Umwandlung von neun E9a Stellen, aus eigenen Mitteln geschaffen werden. Um den Justizwachtmeisterdienst weiter zu entlasten, sollen neben der Übertragung von Scann-Tätigkeiten auf Dritte weitere Organisationsmaßnahmen geprüft und das bestehende Sicherheitskonzept an die Personalstärke angepasst werden.

Abschließend soll nun auch der Dienstbekleidungszuschuss, von 200 € auf 210 € pro Jahr erhöht werden. Man orientiere sich hier an den Bekleidungszuschüssen der Landespolizei, so die Information aus dem Justizministerium.

Anmerkung der Redaktion:

Nach Kenntnis des BSBD beträgt die Höhe des Bekleidungsgeldes der Polizei im Innendienst, welche in der Regel mit administrativen Aufgaben, der Bearbeitung von Vorgängen (Anzeigenaufnahme, Zeugenbefragung) und der Sachbearbeitung bis hin zur Verwaltung und Organisation beschäftigt ist 210 €.

Die Höhe des Bekleidungsgeldes für Polizisten im Außendienst, zu deren Aufgaben grob gesagt die Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und Verkehrssicherheitsarbeit gehört, inklusive Streifenfendienst, Aufnahme von Anzeigen, Durchführung von Verkehrskontrollen, Hilfeleistung in Notfällen und die Prävention von Straftaten, beträgt 300 €.

Finde den Fehler!

Matthias Nicolai



Gezielte Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung sind nicht nur wünschenswert, sondern notwendig.

Am 23.07.2025 fand ein ausführliches und konstruktives Gespräch zwischen Vertretern des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) und Frau Constanze Oehrich, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen MV, im "Grünen Büro" in Schwerin statt. Ziel des Treffens war es, das vergangene Jahr gemeinsam Revue passieren zu lassen und dabei erneut die aktuellen Herausforderungen sowie gewerkschaftlichen Anliegen im Justizvollzug und im Justizwachtmeisterdienst zu beleuchten und die angespannte Personalsituation darzulegen.



Constanze Oehrich

Im Fokus des Austauschs stand die Notwendigkeit, die Attraktivität der Berufsbilder nachhaltig zu steigern. Angesichts sich wandelnder Anforderungen am Arbeitsmarkt und zunehmender Konkurrenz um Fachkräfte ist es entscheidend, berufliche Perspektiven aufzuwerten und die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Vermeidung von Personalabwanderung. Um qualifiziertes Personal langfristig zu halten, bedarf es gezielter Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung, etwa durch bessere Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung und Entwicklungsmöglichkeiten.

Zudem wurde die Nachwuchsgewinnung intensiv diskutiert. Der Mangel an geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern stellt

eine zunehmende Herausforderung dar. Es wurden Ansätze erörtert, wie junge Menschen für die betreffenden Berufe gewonnen und Ausbildungsangebote attraktiver gestaltet werden können.

Im Detail wurden folgende Themen erörtert:

- ▶ Einführung der freien Heilfürsorge für diejenigen Mitarbeiter, welche bei der Ausübung ihrer Dienstpflichten ihre körperliche Unversehrtheit einsetzen – sowohl im Justizvollzugsdienst als auch im Justizwachtmeisterdienst,
- ▶ Einheitliche Umsetzung der Dienstpostenbewertung im mittleren Justizvollzugsdienst sowie Überprüfung der Bewertungen im gehobenen Dienst der Justizvollzugsanstalten (JVA'en), im Landesamt für ambulante Straffälligenarbeit (LaStar) und im Justizwachtmeisterdienst,
- ▶ Überführung des Justizwachtmeisterdienstes in die Laufbahngruppe des mittleren Dienstes und Einführung einer Erschwerniszulage (Sicherheitszulage),
- ▶ Anpassung der Stellenobergrenzen zugunsten der oberen Besoldungsgruppen und Fortschreibung der Erfahrungsstufen,
- ▶ Verwendungsaufstieg in den gehobenen und höheren Dienst,
- ▶ Anerkennung langjähriger oder dauerhafter Sonderleistungen im Rahmen der Dienstdurchführung,
- ▶ Schaffung zusätzlicher Möglichkeiten zum vorzeitigen Erreichen der Altersgrenze, etwa durch Altersteilzeitregelungen oder flexible Arbeitszeitmodelle,
- ▶ Angleichung der Erschwerniszulage an die des Polizeivollzugsdienstes sowie weitere Maßnahmen zur Gleichstellung,
- ▶ Erhöhung der Anwärtersonderzulage,
- ▶ Verbesserung der Sicherheitsausrüstung, insbesondere für die Mitarbeitenden des LaStar,

▶ Zunehmende Veränderung des Klientels, insbesondere durch Drogenkonsum, erhöhtes Gewaltpotential in Verbindung mit einer geringen Hemmschwelle sowie eine Zunahme psychischer Erkrankungen unter Gefangenen und Verfahrensbeteiligten,

▶ Erschwerte Resozialisierungsmöglichkeiten aufgrund von Personalmangel – eine nachhaltige Resozialisierung sei vielerorts kaum noch realisierbar, da die personellen Ressourcen für eine intensive Betreuung und Begleitung nicht mehr ausreichen,

▶ Personalbedarfsberechnung im Justizwachtmeisterdienst – im Rahmen der Neuberechnung wurden 70 zusätzliche Stellen festgestellt, unter anderem aufgrund veränderter Einlasskontrollen und neuer Sicherheitskonzepte. Zudem wurde auf die aktuell laufende bzw. anstehende Personalbedarfsberechnung in den Justizvollzugsanstalten hingewiesen, wo ähnliche Berechnungen zu erwarten sind.

Frau Oehrich zeigte sich während des gesamten Gesprächs äußerst interessiert und stellte zahlreiche fundierte Nachfragen zu den angesprochenen Themen. Besonders die Aspekte Resozialisierung, Sicherheit, Arbeitsbelastung, Gleichstellung stießen auf besondere Aufmerksamkeit. Auch die Notwendigkeit einer bedarfsgerechten Personalausstattung wurde von ihr ausdrücklich zur Kenntnis genommen.

Der BSBD bewertete das Gespräch als offen, zielgerichtet und von gegenseitigem Respekt geprägt. Beide Seiten bekräftigten den Wunsch, den Dialog kontinuierlich fortzuführen, um gemeinsam an konkreten Verbesserungen im Justizvollzug und Gerichtswachtmeisterdienst zu arbeiten.

Ronny Oberländer



Justizwachtmeister im BSBD MV

Personalbedarfserhebung im Justizwachtmeisterdienst

19. Juni 2025: Nach der im letzten Jahr durchgeführten Personalbedarfserhebung (PBE) im Justizwachtmeisterdienst und deren Auswertung im ersten Quartal dieses Jahres, möchten wir an dieser Stelle nur ein kurzes Update zum Ergebnis geben, um der umfassenden Präsentation der Ergebnisse durch die oberste Dienstbehörde nicht vorzugreifen.

Vorab sei gesagt, unser gefühlter Mehrbedarf in den Dienststellen des Landes hat sich nunmehr anhand der Organisationsuntersuchung bestätigt.

Dabei hat sich ein Mehrbedarf von insgesamt 70,2 AKA (Arbeitskraftanteile) ergeben, von denen allein 50,06 AKA auf die ständige Einlasskontrolle und 20,14 AKA auf die allgemeinen Tätigkeiten im Justizwachtmeisterdienst entfallen.

Wieviel von den benötigten Stellen letztendlich in den einzelnen Dienststellen ankommen werden bleibt allerdings offen, denn die laufenden Haushaltsverhandlungen bleiben abwarten.

Soviel sei gesagt, es bedarf ganz sicher noch der einen oder anderen Anstrengung seitens des Justizministeriums, um in den kommenden Haushaltsverhandlungen die benötigten Stellen vollumfänglich einzuwerben.

Nach Abschluss der Organisationsuntersuchung wird seitens des Justizministeriums das Vorführen der Gefangenen durch den Justizwachtmeisterdienst nicht favorisiert. Sollten ihr detaillierte Fragen zu diesem Thema haben, könnt ihr uns jeder Zeit kontaktieren.

Stanley Mengel



Foto: BSBD MV-P

■ Eingangsbereich des Landgerichts Schwerin

BSBD Landesverband stattet die Betriebssportgemeinschaften der JVA'en mit Trikotsätzen aus.

Auf der Landeshauptvorstandssitzung des BSBD wurde sich einstimmig dafür ausgesprochen, die Betriebssportgemeinschaften mit neuen Trikotsätzen auszustatten.

Unsere Kolleginnen und Kollegen aus den Anstalten nehmen regelmäßig an Volleyball- oder Fußballturnieren teil. Um einheitlich und modern auftreten zu können, schaffte der BSBD für alle Anstalten entsprechende Ausstattung an und tritt hier als „Brustsponsor“ auf.

So sehen unsere Sportler zukünftig, nicht nur sensationell gut aus, sondern wir als BSBD Landesverband werden auch sichtbar.

Auf der letzten Vorstandssitzung in Schwerin wurden die neuen Trikots dem Landesvorstand präsentiert, bevor eine obligatorische Übergabe der neuen Kleidungsstücke an die Kolleginnen und Kollegen der JVA Neustrelitz erfolgte.



Trikot-Übergabe an die Betriebssportmannschaft der JVA Neustrelitz

Wir wünschen allen Sportlern viel Erfolg bei ihren zukünftigen sportlichen Veranstaltungen!

Andreas Loeck



■ Der Landesvorstand präsentiert die Trikots

Weiterführende Information zum BSBD MV Aktionsfond

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wenden uns heute an euch mit der Bitte, uns mitzuteilen, ob ihr Klage vor dem Verwaltungsgericht (bzgl. amtsangemessener Alimentation) eingereicht habt.

1. Warum möchten wir das Wissen?

Wir benötigen diese Information, um feststellen zu können wie viele Personen durch den BSBD-Aktionsfond unterstützt werden.

2. Wer soll sich bei uns melden?

Alle Mitglieder bei denen Gebühren für das Klageverfahren entstanden sind und diese nicht durch den DBB übernommen wurden, d.h. wenn ihr selbst die Verfahrensgebühr bezahlt habt bzw. ihr eure private Rechtsschutz in Anspruch genommen habt und hierbei Kosten für euch entstanden sind (z. B. Selbstbeteiligung).

3. Wie sollen uns die Informationen von euch erreichen?

Wir möchten gern schriftlich bzw. per Email von euch, an eine der beiden unten aufgeführten Adressen, diese Information erhalten.

Ganz wichtig: Bitte übersendet uns einen Nachweis über die entstandenen Kosten (Verfahrensgebühr / Selbstbeteiligung), gern per Rechnungskopie oder Kontobeleg.

4. Wie lange habt ihr Zeit, diese Information zu übermitteln?

Wir haben uns eine Frist bis zum 31.10.2025 gesetzt.

5. Was geschieht danach?

Der Vorstand prüft alle Eingänge und entscheidet danach in welcher Größenordnung wir jeden einzelnen unterstützen können.

Jeder, der Anspruch hat, wird zeitnah schriftlich informiert.

Matthias Nicolai
Justizvollzugsanstalt Neustrelitz

Stanley Mengel
Landgericht Schwerin

E-Mail: mpaape@onlinehome.de
stanley.mengel@gmx.de

NACHRUF

Wir trauern um unseren Kollegen

Sandor Frank

Mit großer Trauer nehmen wir Abschied von unserem geschätzten Kollegen Sandor, der nach kurzer, schwerer Krankheit unerwartet von uns gegangen ist. Sein plötzlicher Verlust hinterlässt eine tiefe Lücke in unserem Team und in den Herzen all jener, die mit ihm zusammenarbeiten durften.

Mit seiner Fachkompetenz, seiner positiven Ausstrahlung und seiner Hilfsbereitschaft hat er unseren Arbeitsalltag bereichert und ein Umfeld geschaffen, in dem sich alle geschätzt und unterstützt fühlten.

OV der JVA Bützow



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB
Bank
Better Banking

Unser 0,nix-Konto

Kontoführungsgebühren 2 Jahre geschenkt¹

Wechseln war noch nie so einfach!

- ✓ 150 € Willkommensprämie²
- ✓ **On Top:** 50 € für dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen
- ✓ Einfacher Kontowechsel zum BBBank-Girokonto

Jetzt Konto eröffnen!



Jetzt informieren

www.bbbank.de/dbb

Antje Stets

Tel.: 0162 27 30 942

E-Mail: antje.stets@bbbank.de

¹ 24 Monate kostenfreie Kontoführung bei Online-Überweisungen (danach monatliches Kontoführungsentgelt 2,95 Euro bei Online-Überweisungen). 24 Monate kostenfreie girocard mit Kontaktlosfunktion (Ausgabe einer Debitkarte), danach 11,95 Euro p.a. Aktionszeitraum für Eröffnungen limitiert vom 15.05.2025 bis zum 31.01.2026. ² Voraussetzungen Startprämie: 50,- Euro für die Eröffnung eines BBBank-Girokontos mit Online-Überweisungen. Bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres kostenfrei. Ab Vollendung des 30. Lebensjahres: mtl. Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Neukunde (kein Girokonto in den letzten 24 Monaten). Weitere 100,- Euro Startprämie bei Nutzung des Fino-Kontowechselservices, inkl. Umzug von mind. 3 Zahlungspartnern innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Die Auszahlung kann nach Erfüllung der Bedingungen bis zu 8 Wochen dauern und erfolgt auf das eröffnete BBBank-Girokonto. Änderungen, Anpassungen oder Beendigung des Angebotes bleiben vorbehalten; Start der Aktion: 01.11.2024. Diese Prämien sind sonstige Einkünfte gem. § 22 Nr. 3 EStG, welche in der Steuererklärung angegeben werden müssen. Hierbei gilt jedoch eine Freigrenze (nicht Freibetrag) von 256,- Euro je Kalenderjahr für alle derartigen Einkünfte. Ab 256,- Euro je Kalenderjahr muss der volle Betrag versteuert werden. Hier ist ggf. auf den Steuerberater zu verweisen.

The top of security.



Expertenwissen
kompakt für
Ihren Erfolg.

STUV ACADEMY

Sicherheit verstehen. Verantwortung übernehmen.

Praxisorientierte Qualifizierung für die verantwortungsvolle Tätigkeit als Schlossbeauftragte:r – in unseren bewährten Seminaren erwerben Sie fundiertes Fachwissen rund um Schließsysteme, Zutrittsorganisation und die Rolle der Schlossbeauftragten in öffentlichen Einrichtungen.

Jetzt informieren und direkt anmelden: **www.stuv.de/stuv-academy**